

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verlags- und Druckerei: 25 241  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.  
Die 11spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 11spaltige An- u. Verhüllte 25 C. Vorzugsplätze laut Tarif. Unvollständige Aufträge gegen Vorankündigung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Marianenstr. 33/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Rönisch-Flügel

Höchster Klangadel

## Rönisch-Pianos

Edelste Tonfälle

## Rönisch-Phonola-Instrumente:

Ein Segen für die klavierspielende

24 Waisenhausstraße 24

Menschheit :: EDVARD GRIEG.

## hoffnungsvollere Lage in Brüssel?

### „Die Wolken sind zerstreut.“

Brüssel, 18. Dez. Die Agentur Havas-Neuter berichtet: Die Brüsseler Konferenz hat ihre Sitzungen bis Montag vormittags vertagt. Man darf daraus nicht den Schluss ziehen, daß ihre Arbeiten zum Stillstand gekommen sind, im Gegenteil, die Besprechungen der besonderen beauftragten Delegierten haben bereits ihren Anfang genommen und sollen inzwischen weitergehen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß von den Alliierten Vorschläge gemacht werden, sobald die Deutschen volles Licht über ihren Standpunkt verbreitet haben werden. In dieser Beziehung kann man gar nicht genug die Tatsache betonen, daß die Wolken, die am Abend des ersten Tages die Atmosphäre der Konferenz verdunkelt hatten, jetzt völlig zerstreut sind. Es ist wahrscheinlich, daß die Beratungen noch mindestens die beiden nächsten Tage weitergehen werden, und daß zum Weihnachtsfest die Brüsseler Konferenz auseinandergehen wird, nachdem sie ihr Wert vollkommen erfüllt hat.

Der Eindruck in Konferenzkreisen ist heute abend offensichtlich gut. Der heutige Tag bedeutet tatsächlich den ersten Schritt auf dem Wege zu Lösungen, die zweifellos nicht ohne Schwierigkeiten werden erreicht werden können, deren tatsächliche Auffindung aber nicht mehr unmöglich ist; es ist eine solide Basis für die Erörterung geschaffen worden.

Brüssel, 18. Dez. Wie Havas-Neuter meldet, haben die Vorschläge und Anregungen des Staatssekretärs Beraman zum Teil bereits grundsätzliche Billigung der Alliierten gefunden, während andere von vornherein verworfen worden sein sollen. Die Hauptzahl der Vorschläge steht noch zur Besprechung.

### Die Wiedergutmachungsfrage.

Brüssel, 17. Dez. In einer Meldung der Agentur Havas-Neuter heißt es: Die Rede des Chefs der deutschen Delegation Beraman in der heutigen Vormittags-Sitzung der Konferenz habe die Frage der Reparation in Natura und in bar endlich mit einer gewissen Vollständigkeit angedreht. Staatssekretär Beraman begann damit, daß er darauf hinwies, daß Deutschland sich bemüht habe, bis zur Wende des Krieges die Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen, aber er erklärte dann, daß es vielleicht noch mehr machen könne, indem es sich neue Opfer auferlege, und schließlich in großen Zügen ein System das es erlauben werde, den Anteil Deutschlands an der Reparation in Natura wirksam zu machen und zwar in Form von Leistungen, wie es im Annex 4 des Teiles 8 des Versailler Vertrages vorgesehen ist.

An der Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages wird bestimmt, daß die Verbandsmächte Deutschland Aktien übergeben, über die in Liefernden Tiere, Maschinen, Fabrikanlagen, Drehbänke, ferner alle Materialien für den Eisenbahnbau. Es wird dann im § 4 der Anlage bestimmt, daß geprüft werden solle, in welchem Umlaufe Deutschland teilweise die Reparationen machen könne.

### Das schreibbare deutsche Finanzelend.

Brüssel, 19. Dez. (Von dem Sonderberichterstatter des W. T. B.) Wie bereits gemeldet, waren die beiden ersten Sitzungen der Brüsseler Konferenz fast ganz durch eingehende Darlegungen des Staatssekretärs Schröder vom Reichsfinanzministerium und des Präsidenten der

deutschen Reichsbank Davenstein ausgefüllt. Die Ausführungen des Staatssekretärs Schröder gaben ein erschütterndes Bild von der deutschen Finanzlage.

Die schwebende Schuld hat sich vom April 1919 bis Ende November 1920 in ständiger Progression gesteigert, ja mehr als verdoppelt und betrug Ende November 147 Milliarden, die sich bis zum 1. April 1921 noch um weitere 25 Milliarden vermehren werden. Nach den Berechnungen kommt die Steigerung allein in den Monaten seit Ende April dem Besuchen der gesamten deutschen Schulden vor dem Krieg gleich. Daneben ist der Papiergeldumlauf, der im November vorigen Jahres 76,5 Milliarden betrug, im letzten Jahre allein um 26,5 Milliarden, d. h. um fünfmal so viel, gestiegen, als der gesamte Umlauf von Metall- und Papiergeld vor dem Krieg betrug. Unter Anerkennung des sich daraus ergebenden Grades der Lage gab sowohl Staatssekretär Schröder wie Reichsbankpräsident Davenstein der Ansicht Ausdruck, daß unter bestimmten Voraussetzungen das Verschulden Deutschlands in völlige Alltagswirtschaft und damit der praktische Bankrott vermie- den werden könnte. Als Mittel bezeichneten sie vor allem Arbeit und Spararbeit nicht nur im Staate, sondern auch in privaten Haushaltungen, daneben Organisationsverbesserung und Rückschlüsse auf die Lage Deutschlands bei Wemlung der Kriegsschuld, entsprechend der Aufhebung des Friedensvertrages.

Die Einnahmestellen seien erheblich befriedigender geworden. Kamentlich

### Die Einkommenerhöher habe sich seit Einführung des

Abzuges von 10 Prozent von allen Einkommen vervierfacht. Sie betrug im Oktober über eine Milliarde Mark gegenüber 266 Millionen Mark im Juli. Nach den vom Staatssekretär Schröder angeführten Beispielen sind bei der äußerlich angepannten deutschen Bevölkerung einige für höhere Millionen, ohne daß sie sonst irgendwelche Verluste erlitten haben, nicht mehr in der Lage, mit ihrem durch Abgaben weit mehr unter die Hälfte gesunkenen Einkommen ihren früheren Standard de life aufrechtzuerhalten, selbst wenn man das Sinken der Kaufkraft des Geldes außer acht läßt. Durch diese scharfe Anspannung ist aber noch Staatssekretär Schröders Ansicht immerhin noch Hoffnung gegeben, daß der ordentliche Etat trotz der namentlich infolge Anwachsenden der Schuld zu erwartenden weiteren Mehrbelastung in diesem Etatjahre wieder balanciert. Deutschland ist bisher in bezug auf die Bezahlung der privaten Lieferanten für aus dem Friedensvertrage zu tätige Leistungen auf die Notwendigkeit angewiesen, ein Ausland, der soba als irgend möglich beigesteuert werden muß, aber nur mit Hilfe der Alliierten beigesteuert werden kann. Gerade diese Zahlen beweisen, daß für die Sachleistungen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch die Möglichkeiten des Budgets begrenzt ist.

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte auch Reichsbankpräsident Davenstein in seinen Ausführungen, die der Vorsitzende als dunkel, düster und inter- essant bezeichnete. Er schilderte die Rückwirkungen des progressiven Wachsens der schwebenden Schuld auf die Kaufkraft des Geldes nach dem Stande der Valuta. Ein weiteres Sinken der Valuta werde die Kaufkraft unseres Geldes immer mehr seiner Weltmarktkaufkraft anpassen.

### Maner und der amerikanische Volkshasser.

Wie einem Teil der Leser bereits gemeldet wurde, kam es bei einem von dem französischen Kammerpräsidenten Peret veranfaßten Essen an einem Zwischenfall zwischen dem deutschen Volkshasser Dr. Maner und dem amerikanischen Volkshasser Wallace. Dr. Maner hatte einen Beamten gebeten, dem amerikanischen Vertreter vorgestellt zu werden. Der Amerikaner antwortete darauf: „Verzeihen Sie Ihren Auftrag, denn ich kann nicht verstehen, daß Deutschland und Amerika sich im Kriegszustande befinden.“ Diese Darlegung machte den Eindruck, als ob Dr. Maner nicht mit dem nötigen Takt vorgegangen sei, tatsächlich hat sich der Zwischenfall folgendermaßen angeordnet: An der Tafel war der deutsche Volkshasser Dr. Maner zur Rechten der Gemahlin des amerikanischen Volkshassers Wallace. Anfolgedessen hielt es Dr. Maner, den gesellschaftlichen Regeln entsprechend, für angebracht, den Chef des Protokolls zu ersuchen, ihn dem amerikanischen Volkshasser vorzustellen, damit dieser ihn, den deutschen Volkshasser, seiner Gemahlin vorstelle. Das Verhalten des amerikanischen Volkshassers muß um so mehr auffallen, als alle übrigen diplomatischen Persönlichkeiten sich dem deutschen Volkshasser in höflicher Weise vorstellten.

### Die bisherigen deutschen Ausgleichszahlungen.

Von zehnjähriger Seite wird der „Deutschen Wta. Na.“ mitgeteilt: Ueber die Höhe der bisher im Ausgleichsverfahren an England und Frankreich geleisteten Zahlungen sind in der letzten Zeit vielfach irrtümliche Mitteilungen durch die Presse gegangen. In Wahrheit handelt es sich dabei um folgende Beträge: An England 1920 80 311 Pfund Sterling, Anfang September 1920 3 200 750 Pfund Sterling, Anfang Oktober 1920 2 303 317 Pfund Sterling, Anfang November 1920 3 143 071 Pfund Sterling. Im ganzen also: 8 823 449 Pfund Sterling. An Frankreich sind bisher zum Zwecke der Absetzung des Oktober-Debitals im Ausgleichsverfahren mit Eisen-Vorbringen Anfang November 1920 48 158 051 französische Franken gezahlt worden.

### Umstürzen im Prager Parlament.

In der tschecho-slowakischen Kammer kam es, wie aus Prag gemeldet wird, am Sonnabend abend zu heftigen nationalen Stürmen, die in andauernde Prügeleien ausarteten und zum Ausschluß der deutschen Abgeordneten führten.

Ueber die Einzelheiten meldet das tschecho-slowakische Pressebureau in einem allerdings nicht londerlich objektiv ausmutenden Bericht: Als ein Antrag Dr. Vodemann die Vorlage über die Verhaftung der Privatbanken zu verurteilen, abgelehnt wurde, begannen die Deutschen zu lärmern, so daß der Präsident die Sitzung unterbrach. Im weiteren Verlauf mußte die Sitzung infolge des Verhaltens der deutschböhmischen Abgeordneten noch mehrmals unterbrochen werden. Auch der Berichterstatter über den Geiselnwurf konnte nur unter andauernden Vorwürfen sein Referat erhalten. Vor der Abstimmung verließen die Abgeordneten der deutschböhmischen Parteien unter arabischem Lärm den Sitzungssaal. Auf Antrag des Präsidenten wurden die deutsch-böhmischen Abgeordneten Anna Dr. Kalina, Schollitz, Knirch und Pabel für fünf bis zehn Sitzungen aus geschlossen. Die Sitzung wurde um 1 Uhr 45 Minuten früh geschlossen.

### Unruhen in Bologna.

Rom, 19. Dez. (Stefani.) Wie aus Bologna gemeldet wird, wurden die sozialistischen Abgeordneten Niccolai und Ventini, welche wegen der in Italien verübten verübten Gewalttätigkeiten angeklagten Sozialisten verurteilt hatten, beim Verlassen des Gerichtssaales vom Pöbel umringt. Niccolai wurde verwundet. Ventini konnte sich mit Hilfe der Polizei retten. Als in der Kammer die Nachricht von diesem Vorfalle eintraf, erhoben die Sozialisten Protest. Es kam zu einer Schlägerei mit den anderen Abgeordneten. Giolitti erklärte in der Kammer, die Regierung bedauere die Vorfälle in Bologna und werde alles tun, um die Unruhen zum Stillstand zu bringen. Die Kammer ernannte eine Untersuchungskommission, die sich nach Bologna begeben wird.

### Die Schlußsitzung in Genf.

Genf, 18. Dez. Die Schlußsitzung des Kongresses am Nachmittag begann vor leeren Banken. Bereits am Vormittag hatten die Delegierten der neuangekommenen Staaten, darunter der überreichliche Delegierte Graf Wenzdorf, vorn in der ersten Reihe auf den früheren Plätzen der argentinischen Delegation Platz genommen. Auf der Tagesordnung der Nachmittags-Sitzung stand u. a. ein Antrag Mottas auf Verhängung der internationalen Aktion zur Unterdrückung der welschenden Kinder, der angenommen wurde. Ein Antrag auf Einführung einer internationalen Sprache (Esperanto) wurde abgelehnt, wobei Mottas die Vorzüge des Französischen als internationale Verhandlungssprache hervorhob. Angenommen wurde ferner ein Antrag Lafontaine, betreffend eine internationale Organisation der arbeitslosen Arbeit.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Saal hat sich allmählich gefüllt. Unter allgemeiner Spannung des Hauses erweist Präsident Dumans das Wort zur Schlußrede. Er dankt zunächst der Schweiz für die bewiesene Gastfreundschaft und verneigt sich, die praktischen Ergebnisse (1) des Kongresses zusammenzufassen, wobei er allerdings mehr mit schönen Worten als mit Tatsachen arbeiten muß. Wenn der Bund bisher auch nicht Universalität habe erreichen können oder erreichen wollen, so habe er immerhin sechs neue Staaten angenommen. Er habe dadurch die Großmut der Sieger (?) bewiesen und gezeigt, daß er in die Vollmacht der Besiegten Vertrauen setze. Der Kongress habe weiter verbracht, wie er langsam, aber unermüdet dazu gelangen könne, neue Kriege zu verhindern. (?) Allerdings habe man leider das Ideal der Entwaffnung nicht verwirklichen können, denn die Welt sei noch immer voller Gefahren. Eines der wichtigsten Werke zur Erhaltung des Friedens sei die Einsetzung des internationalen ständigen Gerichtshofes. Wir haben den Willern eine große Hoffnung gegeben, auf die sie nie wieder verzichten werden. An der jungen Generation, die die Gravel des Krieges gesehen hat, wird es sein, auf dieser Hoffnung weiterzubauen und sie bis ins Letzte zu verwirklichen. (Langanhaltender Beifall.)

In seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident des Kongresses sprach sodann Motta dem Präsidenten Dumans den Dank der Versammlung aus, der es durch seinen Takt und seine Erfahrung verstanden habe, bei allen Verhandlungen erste Klappen zu vermeiden. Die Aufnahme neuer Mitglieder Staaten sei ein Symbol für die Weiterentwicklung des Bundes, dessen Leitern das Wort bilden müsse: „Ariebe auf Erden allen, die guten Willens sind.“

Das Schlußwort Mottas wird mit jubelndem Beifall aufgenommen. Die Delegierten brüden einander die Hände. Einse südamerikanische Delegierte feiern Brüderumarmungen und fallen einander um den Hals. Eine allgemeine Beweegung hat sich der Delegationen und des Publikums auf den Tribünen bemächtigt. Das Wieder- nehmen dauert längere Zeit, und nur allmählich leert sich der Saal.

### Die Mandatsfrage in Genf.

Genf, 17. Dez. Der Völkerverbund prüfte heute die Mandatsprojekte, die ihm von einem Mitgliede unterbreitet wurden. Die Mandate sind: Samoa (das Neuseeland angeheilt wird), Neu-Guinea und die anderen Inseln südlich vom Äquator (Australien), Nauru (England), das frühere Deutsch-Ostafrika (Südafrika), die Inseln des Stillen Ozeans nördlich vom Äquator (Japan).

Die amtliche Mitteilung bringt den Text des Beschlusses über Samoa, dessen Mandat im Namen Neuseelands von England ausgereicht wird. Danach haben die Mandatäre volle administrative und gesetzgebende Gewalt über das Mandatsgebiet, auf das als Bestandteil des betreffenden Landes die Gebeide des Mandatars Namenuana finden. Die Missionare aller Völkerverbundsmitglieder haben freien Zutritt. Die Mandatäre müssen dem bei einem Jahresbericht zusammenfassen, in dem jede mögliche Auffassung über die Mandatsausübung erteilt wird. Streitfälle, die zwischen einem Mandatar und einem Völkerverbundsmitglied über die Ausübung des Mandats bestehen, und die nicht auf dem Wege der Verhandlungen zu regeln sind, müssen dem internationalen Gerichtshof unterbreitet werden.

### Leagues und Mener.

Paris, 19. Dez. Wie Havas mitteilt, hatte Ministerpräsident Leagues gestern nachmittag eine Unterredung mit dem deutschen Volkshasser Maner. (W. T. B.)

### Der Verband und Griechenland.

Paris, 19. Dez. „Echo de Paris“ stellt fest, daß an dem Widerstand der italienischen Regierung der Plan scheitert ist, die Gesandten Italiens, Frankreichs und Englands in dem Augenblick aus Athen abzurufen, in dem König Konstantin dort seinen Einzug hält. (W. T. B.)

Demnach hat sich die Meldung von der Abberufung des englischen Gesandten als nicht zutreffend herausgestellt. Bei der Meldung des französischen Blattes ist also wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

### Keine Ministerkonferenz in Nizza.

Paris, 19. Dez. Havas meldet, daß die Zeitungsnachrichten von einer demnächst stattfindenden Zusammenkunft von Lord George, Leagues und Graf Sforza in Nizza unbegründet seien. Eine solche Zusammenkunft sei nur für den Fall in Aussicht genommen worden, daß die Ereignisse in Griechenland neue Maßnahmen nötig machen sollten. Da aber inzwischen keinerlei neue Tatsachen zu verzeichnen sind, sei gegenwärtig auch keine Rede von einer neuen Konferenz. Wegen der Rückkehr des Königs Konstantin würden zwischen den Alliierten die Verhandlungen fortgesetzt. (W. T. B.)